



**N i e d e r s c h r i f t**  
**über die 16. - öffentliche - Sitzung**  
**der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe**  
**am 24. November 2020**  
**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung:

Seite:

1. **„Rassismuskritische Lehre in Bildungsinstitutionen“**  
Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)  
*Anhörung der „Initiative für diskriminierungssensible Arbeit und Rassismuskritik“ (IDIRa)..... 3*
  
2. **„Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Krise: aktuelle Situation in niedersächsischen Massenunterkünften“**  
Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)  
*Unterrichtung durch die Landesregierung..... 9*  
*Aussprache ..... 10*
  
3. **Verschiedenes ..... 11**

**Anwesend:**

Mitglieder der Kommission:

1. Abg. Petra Tiemann (SPD), Vorsitzende
2. Abg. Christoph Eilers (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
3. Abg. Susanne Menge (GRÜNE)
4. Abg. Hillgriet Eilers (i.V.d. Abg. Susanne Victoria Schütz) (FDP)
  
5. Herr Abayomi O. Bankole
6. Frau Lilli Bischoff
7. Herr Habib Eslami (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
8. Frau Brigitte Finze-Raulf (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
9. Frau Prof. Dr. Olga Graumann
10. Herr Dr. Anwar Hadeed
11. Frau Nariman Hammouti (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
12. Herr DüNDAR Kelloglu (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
13. Herr Apl. Prof. Dr. Jochen Oltmer (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
14. Herr Jürgen Schrader-Bendfeldt
15. Frau Susanne Schröder (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
16. Herr Osman Timur
17. Herr Mustafa Yalcinkaya (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)

Stellvertretende Mitglieder der Kommission:

18. Frau Djenabou Diallo-Hartmann
19. Frau Lucy Grimme (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
20. Frau Karin Loos (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
21. Frau Sibylle Naß (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
22. Herr Kurt W. Niemeyer

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Böhm.

Niederschrift:

Redakteurin Dr. Schütze, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 16.01 Uhr bis 18 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

### „Rassismuskritische Lehre in Bildungsinstitutionen“

Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)

### Anhörung der „Initiative für diskriminierungssensible Arbeit und Rassismuskritik“ (IDIRa)

#### Anwesend:

- Elya Omar
- Johanna Conrad
- Miania Razakamanantsoa
- Viviann Wilmat

Die oben genannten Mitglieder der IDIRa berichteten über die Notwendigkeit rassismuskritischer Lehre in Bildungsinstitutionen anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage**).

Im Anschluss an die einführende Präsentation ergab sich folgende Aussprache:

Frau Prof. **Dr. Graumann**: Unsere Schulbücher sind immer wieder untersucht worden, aber zu meist mehr im Hinblick auf die Gleichstellung und auf die Verwendung eines nationalsozialistisch geprägten Vokabulars. Ich finde es hervorragend, dass Sie den Fokus nun explizit auf das Thema Rassismus lenken. Ich denke, dies ist überfällig. Wenn ich betrachte, was z. B. vor einiger Zeit vor dem Reichstag passiert ist, denke ich immer wieder, dass wir noch viel lauter sein müssten. Wir dürfen solche Menschen nicht als Spinner abtun, sondern wir müssen sie unglaublich ernst nehmen. Wir müssen die gleichen Kanäle und Möglichkeiten nutzen, um genauso laut zu sein. Von daher kann ich Sie nur ermutigen, diesen Weg weiter zu beschreiten und Ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen dabei mit ins Boot zu holen.

Herr **Dr. Hadeed**: Ihr Vortrag beleuchtet das Problem sehr umfassend, sowohl auf der gesellschaftlichen als auch auf der individuellen Ebene. Ich kann Ihre Studienergebnisse nur aus unserer Erfahrung bestätigen. Im letzten Jahr gab es eine Fachtagung, auf der die Schulbücher und die Lehramtsstudiengänge in Niedersachsen Thema waren. Es wurde festgestellt, dass die Schulbücher noch voll von diskriminierenden und rassisti-

schen Aussagen sind. Die Ergebnisse dieser Fachtagung wurden dem Kultusministerium zur Verfügung gestellt. Wir hoffen, dass dieser Bereich nun in Bewegung kommt. Die großen Schulbuchverlage in Deutschland haben Personal eingestellt, das die Bücher vor der Veröffentlichung im Hinblick auf diese Aspekte prüft.

Im Hinblick auf das Lehramtsstudium in Niedersachsen wurde festgestellt, dass die Rassismuskritik auch dort noch nicht Fuß gefasst hat. Die niedersächsischen Hochschulen bilden Lehrkräfte aus, ohne sie zu qualifizieren, den Schulklassen entsprechende Werte zu vermitteln. Es werden ihnen keine Instrumente an die Hand gegeben, wie sie mit der Diversität an den Schulen umgehen sollen. Vor diesem Hintergrund kann ich Ihre Studienergebnisse nur bestätigen. Ich bin stolz darauf, dass es junge Menschen gibt, die unsere Gesellschaft sehr reflektiert betrachten. Hier geht es um die Zukunft. Von dem heutigen Vortrag bin ich also sehr beruhigt, dass wir in Deutschland in eine sehr gute Zukunft gehen.

Herr **Timur**: Wir als Migranten haben nicht in erster Linie ein Problem mit den Rassisten, die sich auch als solche zu erkennen geben, sondern mit den Personen, die eigentlich keine richtigen Rassisten sind, die sich aber tagtäglich - vielleicht auch unbewusst - rassistisch verhalten. Dies bestätigt sich in unserer Arbeit anhand vieler Beispiele. Wenn wir entsprechende Kritik üben, dann weisen viele Personen diese häufig sehr weit von sich. Trotzdem ändert das nichts daran, dass es um rassistische Verhaltensweisen geht. Es müsste eine Organisation in Niedersachsen geben, die Anregungen von Studenten und Vereinen bekommt und diese ernst nimmt und weiterverfolgt. Diese haben wir bislang leider nicht.

Wie ist Ihr Verein organisiert? Gibt es eine Kommunikation mit den Ministerien? Haben Sie Ihre Forderungen schon sozusagen kanalisiert? Welche Kanäle nutzen Sie?

**Elya Omar** (IDIRa): Bei unserer Gruppe handelte es sich zunächst einmal nur um eine Hochschulgruppe. Wir sind ja auch noch relativ jung. Zunächst hatten wir nicht vor, tief in die Politik einzusteigen. Unser Fokus war zunächst einmal auf uns selbst gerichtet, weil viele Mitglieder unserer Gruppe Rassismuserfahrungen machen. Wir wollten die Personen um uns herum sensibilisieren, um unsere alltäglichen Lebensbedingungen zu verbessern. Nun haben wir gemerkt, dass es

nicht reicht, nur die Personen in unserem unmittelbaren Umfeld zu sensibilisieren.

Konkrete Pläne, wie man dies im politischen Raum strategisch klug umsetzt, haben wir noch nicht. Als ersten Schritt haben wir eine entsprechende Petition abgefasst.

Weißer Menschen müssen begreifen, dass es nicht reicht, Menschen, die als anders deklariert werden, nicht konkret anzugreifen. Rassismus steckt so tief in allen gesellschaftlichen Strukturen, dass weiße Menschen immer davon profitieren. Dies muss zunächst einmal klar werden. Wenn dies klar geworden ist, können weiße Menschen sich anders dazu verhalten. Oftmals wird das Fremde postuliert: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ „Schwarze Menschen gehören nicht zu Deutschland.“ - Dies ist nicht zutreffend, und auf dieses Problem müssen wir aufmerksam machen.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Ich möchte vorschlagen, dass Sie Ihre Petition, die Sie soeben ansprachen, an den Niedersächsischen Landtag senden. In der vergangenen Legislaturperiode ist das niedersächsische Petitionswesen reformiert worden. Nun ist es möglich, Petitionen zur Mitzeichnung im Internet zu veröffentlichen. Wenn eine Eingabe 5 000 Mitzeichnerinnen und Mitzeichner findet, erfolgt eine öffentliche Anhörung.

Herr **Bankole**: Es erfüllt mich mit Freude, festzustellen, dass nun auch die Jugend den Kampf aufgreift, den wir schon viele Jahre führen. Es ist bedauerlich, dass Niedersachsen immer etwas zurückbleibt im Kampf gegen den Rassismus - insbesondere auch im Hinblick auf die schwarze Bevölkerung. Man sollte bedenken, dass die ersten Afrikaner vor mehr als 300 Jahren nach Niedersachsen gekommen sind. Darunter war beispielsweise auch ein schwarzer Professor. Viele Menschen wissen das nicht, und das ist schade.

Der Berliner Senat hat eine wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag gegeben, die an die Bundesregierung weitergeleitet worden ist. Es ist eine Summe von 9 Millionen Euro bewilligt worden. Das Geld ist aber nach meiner Auffassung an die falschen Leute gegangen, die eigentlich nichts mit Rassismusforschung zu tun haben. Das ist auch eine Art von institutionalisiertem Rassismus. Man glaubt, dass Schwarze nicht mit Geld umgehen können, und deshalb bekommen sie keine Pro-

jektgelder, um ihre eigenen Interessen besser vertreten zu können.

Es wäre schön, wenn diese Kommission die Forderungen in der Petition von IDIRa unterstützen könnte. Andere Bundesländer machen uns vor, was passieren muss, und das passiert in Niedersachsen oft nicht. Schade, dass Niedersachsen hier ins Hintertreffen gerät.

**RR Möllring** (MWK): Für unser Ministerium ist es wichtig, eine „Innenansicht“ aus den Hochschulen zu bekommen. In der niedersächsischen Masterverordnung für das Lehramt ist dieses Thema ausdrücklich als Pflichtmodul vorgeschrieben. Insofern ist es interessant, wenn Sie berichten, dass dieser Bereich in der Praxis offensichtlich noch ausbaufähig ist.

Es ist aber keinesfalls zutreffend, dass in Niedersachsen nichts passiert. Im Moment ist das Thema, das Sie ansprechen, im MWK stark im Blick. Aktuell haben wir mehrere Programme, die sich ausdrücklich auf die Sensibilisierung und das Training von Lehrenden fokussieren.<sup>1</sup>

Das MWK stellt dem Niedersächsischen Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung (nifbe) rund 1 Million Euro im Jahr für die Umsetzung des aktuellen, mehrjährigen Bildungsschwerpunktes „Vielfalt leben und erleben!“ zur Verfügung. Damit werden verschiedene Qualifizierungsmaßnahmen für Fachkräfte in Kitas durchgeführt.

Exemplarisch nenne ich zwei Veranstaltungen:

1. „Vorurteilsbewusste Sprachbildung nachhaltig gestalten“ (<https://www.nifbe.de/das-institut/veranstaltungen?view=item&id=811:vorurteilsbewusst-nachhaltig&catid=0>)
2. „Ene, mene, muh. Umgang mit Rechtspopulismus im Arbeitsfeld Kita“ (<https://www.nifbe.de/das-institut/veranstaltungen?view=item&id=838:ene-mene-muh-2020-2&catid=0>)

Auch die Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung (AEWB) führt diverse Fortbildungen für Lehrkräfte zum Thema Rassismus und Diskriminierung durch, z. B.:

- Diskriminierende Parolen gekannt kontern

<sup>1</sup> Die folgende Aufstellung hat das MWK der Landtagsverwaltung am 25. November 2020 schriftlich übermittelt.

- Interkulturelle Öffnung und Diversität
- Demokratie und Menschenrechtsbildung, 5-modulige Fortbildungsreihe
- Treffen Sie Ihr Vorurteil - Lebendige Bibliothek, Methodenworkshop
- Rechtsextremismus in Niedersachsen

Ansprechen möchte ich außerdem die neuen Methodenvideos der AEWB, die zu Fortbildungszwecken frei genutzt werden können (<https://www.aewb-nds.de/fortbildung/methodentraining-digital/>), sowie die App „KonterBUNT“ ([www.konterbunt.de](http://www.konterbunt.de)) der Landeszentrale für politische Bildung.

Ich möchte keinesfalls behaupten, in diesem Bereich sei bereits alles perfekt, und es gebe nichts mehr zu tun. Man kann aber auch nicht behaupten, dass Niedersachsen auf diesem Sektor hinter anderen Bundesländern zurückbleibt. Nichtsdestoweniger ist es sehr hilfreich, Rückmeldungen zu erhalten, ob die Vorgaben durch die Verordnungen auch vor Ort mit Leben erfüllt werden können.

Frau Prof. **Dr. Graumann**: Auch ich bin der Meinung, dass in Niedersachsen bereits eine Menge getan wird. Dies möchten wir nicht bestreiten. Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte habe ich jedoch feststellen können, dass man die Effektivität derartiger Programme oftmals hinterfragen muss. Entsprechende Programme und Weiterbildungen müssen definitiv stattfinden, die Wirksamkeit ist aber nicht unbedingt sehr groß.

Zu Recht hat Herr Timur den versteckten Rassismus angesprochen. Die Personen, die ihren Rassismus offen ausdrücken, kann man zumindest „packen“. Der unbewusste Rassismus, der vielleicht auch gar nicht unbedingt so gemeint ist, ist ein sehr großes Problem. Natürlich sind die Menschen irgendwie in ihrer Sozialisierung verhaftet. Auswege sind schwer zu finden. Umso wichtiger ist es, Personen, die sich rassistisch äußern, sofort zu widersprechen. Häufig ist man nicht spontan in der Lage, entsprechend zu kontern. Es wurde bereits gesagt, dass wir lauter werden müssen. Hier gibt es eine Möglichkeit, laut zu sein. Es stellt sich die Frage, wo man ein derartiges Verhalten einüben könnte. - Dies könnte man definitiv in Kursen und Fortbildungen lernen.

**Elya Omar (IDIRa)**: Wir möchten keinesfalls bestreiten, dass es entsprechende Programme gibt. Sie reichen jedoch nicht aus. Es ist wichtig, dass es nicht nur Veranstaltungen für ohnehin Interessierte gibt, sondern verpflichtende Veranstaltungen für alle. In meinem Studiengang Sonderpädagogik gab es beispielsweise kein einziges Seminar, das sich mit Rassismuskritik oder Diskriminierungssensibilität befasst hat. Momentan arbeite ich an einem Leitfaden für unser Institut für Sonderpädagogik mit, weil dort keine Rassismuskritik stattfindet.

Das Problem ist: Es gibt keine Verpflichtung und auch keine Konsequenzen. Es ist immer noch okay, gewisse Dinge zu sagen, da es keine Konsequenzen gibt. Das ist ein Problem, weil betroffene Menschen darunter leiden. Aus unserer Perspektive ist es wichtig, dass der Kampf gegen das Phänomen vor allen Dingen von weißen Menschen getragen werden muss und nicht von den Betroffenen selber.

Im Rahmen der Lehramtsausbildung ist es wichtig, das kritische Denken anzuregen. Es geht nicht darum, dass jeder gleich perfekt sein muss. Dies ist nicht möglich. Aber es muss darauf hingewirkt werden, dass Dinge kritisiert werden. Dies fehlt bislang. Das merkt man auch an Begriffen wie „Interkulturalität“. Durch derartige Begriffe wird postuliert, dass People of Color (PoC) kein Teil Deutschlands sondern Fremde sind. Ein gutes Beispiel dafür sind auch Kurse zum Thema „Fremdenfeindlichkeit“. Dieser Begriff beinhaltet ja schon das Problem. PoC sind keine *fremden* Menschen, sondern sie sind schon seit Hunderten von Jahren Teil von Deutschland. Wenn PoC z. B. gefragt werden, wo sie „eigentlich herkommen“, ist dies sehr traumatisierend, weil ihnen damit gesagt wird: Hier zu sein, ist nicht richtig. - Deshalb ist diese Frage extrem rassistisch. Eine derartige Frage bekommt man nicht gestellt, wenn man weiß ist.

Bislang wird man in der Universität nicht entsprechend sensibilisiert. Es gibt Seminare zum Thema Flucht und zu Kindern mit Fluchterfahrung. Dieses Thema ist eng mit dem Rassismus verstrickt. Nicht die Betroffenen müssen sich ändern, sondern Deutschland an sich, damit sich Menschen, die neu dazu kommen, hier wohlfühlen können. Es ist wichtig, dass sich Menschen mit diesem Problem befassen, die die entsprechende Macht haben, etwas zu verändern. Deshalb ist es gut, wenn es nicht bei den bereits bestehenden An-

geboden bleibt. Diese müssen immer wieder überarbeitet und erweitert werden.

**Viviann Wilmat** (IDIRa): Auch ich möchte noch auf den Punkt „Verpflichtung“ eingehen. Wir wissen, gerade auch bei IDIRa, dass es viele Angebote gibt, weil zumindest die Hälfte von uns auch politisch bildend aktiv ist. Wir wissen, dass diese Angebote zu einem Großteil von der Zivilgesellschaft getragen werden. Das ist super wichtig, aber ich sehe trotzdem die Politik in einer großen Verantwortung zu gewährleisten, dass diese Programme nach wie vor stattfinden können - Stichwort: „Finanzierung“. Die „Schönheitskorrekturen“, die wir vornehmen, indem wir Seminare in Klassen geben - Was ist Rassismus? -, müssten nicht passieren, wenn das Thema auch schon ein fester Bestandteil der Lehrkräfte-Ausbildung wäre.

In dem rassistischen System, in dem wir leben, ist Weiß-Sein die Machtposition. Die Macht liegt zum Teil auch darin, dass Weiß-Sein sozusagen unsichtbar ist, da es die Norm ist. Benannt werden immer die anderen. Diese sind nicht die Norm, und damit angeblich auch das Problem. Bevor wir anfangen können, Rassismus anzugehen, muss dieser Blick nach innen passieren. Wir alle müssen uns mit unserer eigenen Positionierung auseinandersetzen. Manche können dies freiwillig machen, und andere können es nicht freiwillig machen, weil die Gesellschaft ihnen einen Spiegel vorhält und sagt: Du bist das und das. - Wir können dann nur emanzipatorisch darauf gucken und sagen: Ich möchte mich nicht so benennen, sondern anders. - Aber ich muss mich benennen. Zu diesem Thema gibt es zum Glück auch sehr gute Literatur. Wir alle müssen bei uns selber anfangen, um ein Problem wie Rassismus angehen zu können.

Herr **Bankole**: Ich habe nicht gesagt, dass in Niedersachsen nichts passiert, sondern nur, dass es immer zu wenig ist. In dieser Kommission gab es einmal eine Unterrichtung durch den Präventionsrat. Da habe ich die Frage gestellt: Wie viele Betroffene sitzen in diesem Gremium? Die Antwort: Niemand.

Häufig gibt es das Problem, dass die von Ihnen genannten Programme nicht von Personen organisiert werden, die von Rassismus betroffen sind. Sie können keinen Beitrag dazu leisten. Sie können nicht sagen, worauf man achten muss, wenn man solche Programme entwickelt.

Frau Wilmat hat darauf hingewiesen, dass Weiß-Sein und Schwarz-Sein unterschiedliche Kategorien sind. Wenn man eine weiße Hautfarbe hat, ist man besser gestellt. Wir sollten die Empfindungen thematisieren, die dadurch erzeugt werden.

Frau Prof. Dr. Graumann hat darauf hingewiesen, dass man auf Alltagsrassismus sofort reagieren muss. Wie soll dies aber möglich sein, wenn das Thema vorher nicht in der Bevölkerung diskutiert wurde und keine entsprechende Sensibilisierung stattgefunden hat? Wenn wir nicht ganz öffentlich über diese Dinge sprechen, dann werden wir das Problem von heute auch in 300 Jahren noch haben.

RR **Möllring** (MWK): Das von Rassismus betroffene Personen an der Ausgestaltung dieser Programme nicht mitwirken, stimmt nicht. Ich verstehe aber Ihren Punkt. Ich wollte aber nur noch einmal darauf hinweisen, dass das in diesem Punkt nicht zutrifft. Frau Prof. Dr. Graumann hat zu Recht gesagt, dass man in einem kritischen Moment oft sprachlos ist. Auch ich habe das schon erlebt. Deshalb gibt es diese Programme, die teilweise konkret auf das Thema eingehen, wie man rassistische Äußerungen spontan kontert. Die App „KonterBUNT“ der Landeszentrale für politische Bildung hatte ich ja schon genannt.

Abg. **Susanne Menge** (GRÜNE): Ich habe die heute anwesenden Frauen bei einem Vortrag kennengelernt und mich dafür eingesetzt, dass sie in diese Kommission eingeladen werden. Wir erleben hier eine große Fachkompetenz, die von jungen Menschen in eine sehr tradierte und gesetzte Form von Politik getragen wird. Ich selber gehe sehr selbstkritisch mit mir um, aber auch ich glaube, dass ich nicht frei von Rassismen bin. Durch solche Vorträge werden wir gefordert, zu reflektieren: Wie benutze ich Sprache? Wie bin ich sozialisiert? Was hat mich beeinflusst, dass ich so denke? Warum habe ich als Lehrkraft in der Oberstufe beispielsweise so euphorisch über Kant gesprochen und nicht über seinen Rassismus? Das ist im Werte und Normen-Unterricht und im Politik-Unterricht im Curriculum der Oberstufe kein Thema. Auch den Unterricht im Fach Wirtschaft unter diesem Aspekt zu betrachten, würde den Komplex Globalisierung, globalisierte Wirtschaft, sehr gut aufbrechen und ihn aus einer anderen Perspektive behandeln. Das ist in der Festlegung des Fachcurriculums nicht zu entdecken.

Zur politischen Sozialisation gehört aber auch, dass wir uns davon befreien, jemandem etwas vorzuwerfen und ihn in eine Schublade zu stecken. Das will ich überhaupt nicht machen. Ich möchte nur betonen, dass hier junge Menschen, *neben* ihrem Studium eine hervorragende Arbeit leisten. Das ist für viele Studenten gar nicht leistbar. Was Sie uns hier vorgetragen haben, hat einen wissenschaftlichen Kern, der immer wieder darauf zurückkommt: Wer sind wir, und warum agieren wir so? Was ist denn unsere echte Haltung?

Ich wünsche mir, dass wir das in der bildungspolitischen Diskussion weiter mit im Auge haben. Junge Menschen sollten in die Politik mit einbezogen werden. Für mich als innenpolitische Sprecherin ist das z. B. hoch interessant im Zusammenhang mit der Polizei-Studie. Was wird aus der Polizeistudie über Rassismus, die Herr Seehofer angeregt hat, und die jetzt in Niedersachsen doch offenbar umgesetzt werden soll? Werden diese Menschen beteiligt, mit ihrer wissenschaftlichen Expertise? Werden es andere sein? Was ist deren Blick? Hier bin ich jetzt deutlich sensibilisierter.

Wie stellen Sie sich neben Ihrem Studium diese Arbeit weiter vor? Sie haben Schulen und Institutionen intensiv betrachtet, aber Sie haben gesagt: Das muss zukünftig auch einen politisierten Kontext haben. - Das bedeutet, wir müssen an die Entscheider ran, die die Lerninhalte prägen. Das Curriculum wird von Gremien beschlossen.

**Johanna Conrad** (IDIRa): Das ist eine schwierige Frage, gerade weil wir Studierende sind. Das bedeutet, dass unsere Kapazitäten auch immer unterschiedlich groß sind. Wir sind zunächst einmal sehr froh darüber, auf das Problem aufmerksam machen zu können und eine Grundlage zu schaffen, auf der weiter aufgebaut werden kann. Das Wichtigste für uns ist, dass wir mit unserem Thema ernst genommen werden. Das ist hier in dieser Kommission natürlich der Fall. Es würde uns freuen, wenn dies auch in anderen Kommissionen der Fall sein wird. Natürlich würde es uns beispielsweise auch freuen, noch mehr mit dem Kultusministerium in Kontakt zu kommen. Einen konkreten Plan haben wir allerdings noch nicht. Die Politik ist für uns ja auch noch neu.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Sie sagten, Sie wünschen sich noch mehr Kontakt in die Politik. Ich spreche nun als Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion: Ich würde Sie gerne in den Ar-

beitskreis unserer Kolleginnen und Kollegen, die im Kultusbereich sitzen, einladen. Diese wären an Ihrem Vortrag sicherlich auch sehr interessiert. Ohne Frage.

Ich möchte mich für Ihr engagiertes Auftreten bedanken. Es ist bestimmt nicht einfach, diese Arbeit parallel zu einem Studium zu machen. Sie erleben das, was wir erlebt haben, als wir in die Politik gegangen sind. Sie haben erlebt: Es gibt etwas, um das ich mich kümmern muss.

Ringelnatz hat einmal gesagt: „Irgendwer wird es schon richten - hoffentlich bist du Irgendwer.“ Bei der Veränderung der Gesellschaft kann es nicht immer nur heißen: irgendwer. Das ist man dann auch selber. Dies haben Sie wunderbar gemacht.

Ich habe Sie bereits darum gebeten, Ihre Petition an den Niedersächsischen Landtag zu richten. Dann können wir auf allen uns zur Verfügung stehenden Kanälen dafür sorgen, dass hier eine öffentliche Anhörung zu diesem Thema stattfinden kann - wenn Sie 5 000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner bekommen. Sicherlich wäre es für uns auch eine Ehre, wenn wir das erleben dürften.

\*

Das Kommissionsmitglied Herr **Timur** kündigte an, einen Antrag in Anlehnung an die in der Anhörung formulierten Forderungen der IDIRa abzufassen.

\*\*\*



Tagesordnungspunkt 2:

**„Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Krise: aktuelle Situation in niedersächsischen Massenunterkünften“**

Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)

**Unterrichtung durch die Landesregierung**

RD'in **Kuffel** (MI) unterrichtete die Kommission über die aktuelle Corona-Situation in niedersächsischen Massenunterkünften und führte dazu Folgendes aus:

Die Corona-Pandemie hat uns vor große, bisher nicht gekannte Herausforderungen gestellt - und stellt uns noch immer. Dieses betrifft selbstverständlich auch die Aufnahme von Flüchtlingen in Niedersachsen.

Die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen hat seit Ausbruch der Corona-Pandemie in ihren Einrichtungen eine Vielzahl von Maßnahmen zum Infektionsschutz eingeleitet bzw. verstärkt, um mögliche Infektionen schon bei der Aufnahme zu erkennen und mögliche Ansteckungen während der Zeit des Aufenthalts in den Aufnahmeeinrichtungen zu vermeiden. Dabei hat sich die Landesaufnahmebehörde stetig an den jeweils aktuellen Regelungen und Empfehlungen orientiert und ihre Schutzmaßnahmen laufend angepasst. Hierzu waren und sind die Landesaufnahmebehörde und wir in enger Absprache mit dem Gesundheitsministerium und dem Landesgesundheitsamt. Die einzelnen Standorte der Landesaufnahmebehörde standen und stehen in engem Austausch mit den für sie zuständigen Gesundheitsämtern.

Zu den Maßnahmen zum Infektionsschutz in den Einrichtungen gehören u. a.:

- Die Landesaufnahmebehörde hält an allen Standorten Separierungsbereiche vor. In diesen Bereichen werden Beobachtungs-/Verdachtsfälle von Infektionsfällen räumlich getrennt untergebracht.
- Eine Teststrategie für die neuankommenden Asylsuchenden wurde eingeführt. Diese wurde Ende Juli mit dem Gesundheitsministerium und dem Landesgesundheitsamt abgestimmt. Neuankommende Asylsuchende werden bei

Aufnahme und im Intervall von 5 bis 7 Tagen nach Aufnahme getestet. Die Personen bleiben bis zum Vorliegen des negativen zweiten Testergebnisses in der Quarantäne. Nach zweimaliger negativer COVID 19-Testung erfolgt die Entlassung aus dem Separierungsbereich und die interne Verlegung am Standort bzw. die Weiterleitung von Folgeantragstellern oder die EASY-Weiterleitung in andere Bundesländer.

- Personen mit bekanntem Risiko eines schweren Verlaufs bei einer Infektion mit dem Corona-Virus werden schnellstmöglich und vorrangig kommunal verteilt. Ihnen wird eine geschützte Unterbringung in der Einrichtung in deutlich entzerrter Belegung angeboten.
- Alle Bewohnerinnen und Bewohner werden durch Flyer und Aushänge, die sowohl in die relevanten Sprachen übersetzt als auch mit Piktogrammen versehen sind, über die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen, die wegen der Pandemie getroffenen Regeln für das öffentliche Leben sowie über Hygienetipps informiert. Zusätzlich führen die Sozialdienste persönliche Gespräche und bieten eine Telefonhotline an.
- Den Bewohnerinnen und Bewohner werden Masken und Hygieneartikel inklusive Seife zur Verfügung gestellt. Die Unterkunfts-, Funktions- und Verwaltungsgebäude sind mit Handdesinfektionsmöglichkeiten ausgestattet. Zudem sind zahlreiche organisatorische Maßnahmen wie z. B. Bodenaufkleber zur Einhaltung der Mindestabstände ergriffen.
- Darüber hinaus hat die Landesaufnahmebehörde die Verpflegung der Bewohnerinnen und Bewohner dahin gehend umgestellt, dass die Mahlzeiten nicht mehr in großen Gruppen in den Speisesälen eingenommen werden.

Die Sanitätsstation steht allen Bewohnerinnen und Bewohnern, wie bereits vor Ausbruch der Corona-Pandemie, bei medizinischen Anliegen rund um die Uhr zur Verfügung. Die Sozialdienste der Landesaufnahmebehörde sind fortwährend aktiv und kümmern sich um die Belange der Bewohnerinnen und Bewohner.

Die Landesaufnahmebehörde passt ihre Maßnahmen in den Einrichtungen der Lage entsprechend an. Im März wurden die Bildungsangebote und gemeinsamen Aktivitäten in den Einrichtungen

gen aufgrund der Corona-Pandemie eingestellt. Diese wurden im Juni mit entsprechenden Hygienekonzepten wieder stufenweise geöffnet. Aufgrund der Entwicklungen der Infektionslage hat die Landesaufnahmebehörde ab Anfang November die Angebote wieder ausgesetzt.

Der Unterricht für die Kinder und Jugendlichen in den Standorten der Landesaufnahmebehörde erfolgt seit Beginn des Schuljahres 2020/2021 angepasst an den „Niedersächsischen Rahmen-Hygieneplan Corona Schule“ und an die Szenarien A, B und C des Leitfadens „Schule in Corona-Zeiten 2.0“ des Kultusministeriums.

In der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen leben derzeit (Stand: 23. November 2020, 24 Uhr) 2 499 Asylsuchende sowie 86 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Davon sind 14 Asylsuchende positiv getestet und befinden sich in Isolation. In Quarantäne befinden sich 295 Asylsuchende - davon sind 86 Kontaktpersonen von positiv getesteten Bewohnerinnen und Bewohnern, 207 Personen sind neuangekommene Asylsuchende, die sich nach der Niedersächsischen Quarantäne-VO abzusondern haben.

Im Falle eines Infektionsfalls befolgt die Landesaufnahmebehörde die Anordnungen des zuständigen Gesundheitsamtes. Die Bewohnerinnen und Bewohner, die sich in Isolation bzw. Quarantäne befinden, werden von der Landesaufnahmebehörde engmaschig medizinisch und sozial betreut.

Die Landesaufnahmebehörde hält die Verteilungen in die niedersächsischen Kommunen seit Ausbruch der Corona-Pandemie weiter aufrecht. Die Verteilung erfolgt lageangepasst. Im Idealfall erfolgen Zuweisungen zwischen den in Betracht kommenden Kommunen und der Landesaufnahmebehörde einvernehmlich und im Hinblick auf die bestehenden Infektionsrisiken mit Rücksicht auf die vor Ort bestehenden Kapazitäten und Ressourcen.

Natürlich ist es von Vorteil, wenn dabei eine dezentrale Unterbringung erfolgen kann, das ist völlig unstrittig. Aber hier ist vor allem die praktische Umsetzbarkeit entscheidend. Es kann hier nicht außer Betracht bleiben, dass die notwendigen allgemeinen Einschränkungen von Kontakten und im Wirtschaftsleben erhebliche Auswirkungen vor Ort haben und somit auch die Möglichkeiten der Kommunen bei der Akquise von Unterkünften

sowie der persönlichen Begleitung und Betreuung von Geflüchteten einschränken.

Wir befinden uns in einer Situation, in der nicht alles im Voraus detailliert planbar ist. Für viele Situationen gibt es keinerlei Erfahrungen aus der Vergangenheit. Die letzten Monate haben jedoch gezeigt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesaufnahmebehörde sowie das Personal der beauftragten Dienstleister ihre Aufgaben trotz der schwierigen Situation mit Besonnenheit und großem Engagement erfüllen. Die Landesaufnahmebehörde und wir werden unsere Anstrengungen fortsetzen und bleiben im Dialog landesintern, ressortübergreifend, mit den Kommunen und auch auf der Bundesebene.

### Aussprache

Das Kommissionsmitglied Herr **Kelloglu** stellte einige wenige Rückfragen an die Vertreterin des MI, die in der laufenden Sitzung beantwortet wurden. Darüber hinaus bat er das Ministerium für Inneres und Sport - u. a. auch aus Zeitgründen - um eine schriftliche Beantwortung weiterer Rückfragen. Er kündigte an, diese schriftlich an die Landtagsverwaltung zu übermitteln.

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 3:

## Verschiedenes

### *Aktionsplan „Wir sind Niedersachsen. Für Zusammenhalt. Gegen Rassismus“*

Herr **Dr. Hadeed** warf die Frage auf, warum die Haushaltsmittel zur Umsetzung des Aktionsplans „Wir sind Niedersachsen. Für Zusammenhalt. Gegen Rassismus“ nicht in den Haushaltsplanentwurf 2021 aufgenommen wurden. Er erinnerte daran, dass die Kommission eine entsprechende Empfehlung beschlossen habe, und betonte, dass eine solche Empfehlung allerdings nur im Landtag Berücksichtigung finden könne, wenn die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen diese in eine politische Initiative einbezögen.

Sodann ergab sich folgende Aussprache:

Abg. **Hillgriet Eilers** (FDP): Diese Frage richtet sich vornehmlich an die Vertreterinnen und Vertreter der Großen Koalition. Die FDP-Fraktion ist als Oppositionsfraktion ja in erster Linie gehalten, sich mit den Vorschlägen der Regierungsfractionen zum Haushalt zu befassen.

Abg. **Christoph Eilers** (CDU): Das Thema ist in den Fraktionen intensiv erörtert worden, und eine entsprechende finanzielle Unterstützung ist dabei auch auf breite Zustimmung gestoßen. Leider hat sich die Hoffnung, die in Rede stehenden 1,5 Millionen Euro aufbringen zu können, allerdings zerschlagen. Hinsichtlich der Politischen Liste haben wir - coronabedingt - in vielen Bereichen mit erheblichen Kürzungen zu leben. Dass dies auch hinsichtlich des Aktionsplanes der Fall ist, bedauern wir natürlich zutiefst.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Auch ich habe mich für die Finanzierung des Aktionsplanes leidenschaftlich eingesetzt. Insgesamt gibt es von der SPD-Fraktion auf der Politischen Liste 1,1 Millionen Euro. Das Kultusministerium erhält zusätzliche 900 000 Euro für ein Rassismus-Programm innerhalb der Schulen. Die Landeszentrale für politische Bildung erhält zudem zusätzliche 300 000 Euro. Der in Rede stehende ressortübergreifende Aktionsplan ist definitiv nur „aufgeschoben und nicht aufgehoben“.

Abg. **Susanne Menge** (GRÜNE): Auch mir ist natürlich bewusst, welche Begehrlichkeiten die Politische Liste gerade in diesen Zeiten weckt. Auch die Fraktion der Grünen hatte die Hoffnung, dass

es den Regierungsfractionen möglich gewesen wäre, die Finanzierung des Aktionsplanes auf ihre Politische Liste zu setzen. Vor dem Hintergrund der drängenden Auseinandersetzung, die diese Gesellschaft gerade über ihre Demokratiefestigkeit führt, und darüber, wie der Parlamentarismus sich - auch in Pandemie-Zeiten - weiterentwickelt, und vor dem Hintergrund des Paradigmenwechsels, der in vielen Lebensbereichen stattfindet, hätte ich mir dies sehr gewünscht. Was gerade passiert, ängstigt mich. In vielen Institutionen erfolgt offensichtlich ein Rückfall in einen Zustand, in dem man den Rechtsstaat nicht mehr wertschätzt und demokratische Grundprinzipien infrage stellt. Alle Fraktionen sind deshalb aufgefordert, eine demokratische Einheit abzubilden. Der Landtag bildet dies parlamentarisch ab. Schon seit vielen Jahren gibt es Menschen, die die Demokratie gefährden wollen. Was hier zivilgesellschaftlich aufgebaut worden ist, hätte es verdient, gerade jetzt auch den entsprechenden Zuspruch zu bekommen.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Es gibt unglaublich viele Dinge, die wir gerne durchführen würden. Das Geld ist aber nicht unendlich vorhanden. Gerade in Pandemie-Zeiten mussten wir viel Geld mobilisieren, damit die gesellschaftliche Spaltung, die Frau Menge schon angesprochen hat, nicht noch größer wird. Es geht um den Erhalt von Existenzen. Dafür haben wir auf vielen Ebenen mit viel Anstrengung gekämpft. Dass wir den Aktionsplan nicht unterstützen können, schmerzt uns sehr. Viele Personen in meiner Fraktion hätten das sehr gerne umgesetzt. Es ist aber nicht genug Geld vorhanden, und man sollte die einzelnen Förderzwecke auch nicht gegeneinander ausspielen. Jeder hat aus seiner Sicht die Berechtigung, seine Forderung in den politischen Raum zu stellen.

Es ist unsere schwere Aufgabe - die in Zeiten der Pandemie nicht einfacher geworden ist - solche Entscheidungen zu treffen. Wir sehen ja auch im politischen Raum, wohin sich unsere Gesellschaft entwickelt. Das lässt uns nicht gut schlafen. Ich bin 1958 in einem Staat geboren, der sich erst auf dem Weg in die Demokratie befand. Ich durfte diese Entwicklung miterleben. Es gab eine Phase, in der ich niemals infrage gestellt hätte, dass dieser Staat demokratisch bleibt. Jetzt bin ich mir nicht mehr sicher, ob ich in einem demokratischen Staat sterben werde. Deswegen gilt es natürlich, genau die Punkte, die wir heute diskutiert haben, anzugehen, nicht nur mit viel Geld, sondern auch mit viel Engagement.

Das Engagement können wir nicht in irgendeiner Form bezahlen. IDIRa hat uns heute sehr gut gezeigt, dass es auf das Engagement jedes Einzelnen ankommt. Wir müssen die Gesellschaft jetzt betrachten - bei immer knapper werdenden Ressourcen - und gucken: Wie kriegen wir es hin, dass wir es schaffen, dass die Menschen bei uns auskömmlich und gut und friedlich miteinander leben können? Dazu gehört auch das, was wir heute besprochen haben.

Niedersachsen ist übrigens das einzige Bundesland, das solch eine beratende Kommission hat - und das schon so lange. Das spricht für Niedersachsen. Es spricht auch für Niedersachsen und für uns, dass wir uns regelmäßig damit auseinandersetzen. Glauben Sie mir: Die Intensität der Auseinandersetzung und die Intensität unserer Arbeit - auch meiner Arbeit hier - wird kein Herzblut verlieren. Kein Tropfen wird daneben gehen. Ohne Frage. Wir müssen gucken, wie wir das auch in diesen schwierigen Zeiten organisieren können. Da können wir Sie alle nur um Verständnis bitten, und das mache ich hiermit.

Herr **Dr. Hadeed**: Ich kann Ihnen nur versprechen, dass wir weitermachen werden. In diesem Programm haben wir als Zivilgesellschaft keinen Cent für uns gefordert. Wir haben gefordert, dass die Ministerien in dieser Zeit, die Sie sehr zutreffend beschrieben haben, aktiv werden. Die Gefahr, die Sie geschildert haben, sehen wir auch. Noch vor einem Jahr oder vor zwei Jahren wollte in Deutschland niemand über Rassismus sprechen. Das war im deutschsprachigen Raum aufgrund der Vergangenheit ein Tabubegriff. Nicht nur aus der Theorie, sondern auch aus unserem eigenen Erleben haben wir auf dieses Phänomen hingewiesen. In dem Landesprogramm, das von der Landesregierung verabschiedet wurde, fehlt jegliche Erwähnung des Rassismus. Wir haben versucht, darauf hinzuwirken, dass das Phänomen beim Namen genannt wird. Mittlerweile gibt es einen Konsens in Deutschland - von der Kanzlerin und dem Bundesinnenminister, bis hin auf die Ebene der Länder -, dass es ein Rassismus-Problem gibt. Das ist gut. Solange man den Rassismus ignoriert, wird die Situation nicht besser.

Aus der Anhörung der IDIRa nehme ich folgende Erkenntnis mit: Der Forderungskatalog richtet sich an den Staat. In dieser Kommission soll nicht über die individuelle Ebene, auf der Rassismus passiert, gesprochen werden. Wir sind eine Kommission des Landtages. Der Staat ist aufgefordert, zu handeln. Wenn wir etwas verändern

wollen, müssen wir in den Schulen anfangen. Dort ist der Ort, junge Menschen zu erziehen. Seit mehreren Jahren fordern wir eine Überarbeitung der Lehrbücher. Diese sind sprachlich noch nicht „gesäubert“. Dies gilt auch für die Ausbildung der Lehrkräfte. Es wurde häufig eingewendet, es gebe Lehrmodule für interkulturelle Kompetenz usw. in allen niedersächsischen Hochschulen. Es gibt aber kein einziges Pflichtmodul. Das sind alles nur Wahlfächer. In diesen Bereichen gibt es einen enormen Handlungsbedarf. Auf der persönlichen Ebene muss jeder von uns in seinem Umfeld gegen Rassismus vorgehen - beginnend bei der Selbstreflexion. Das nimmt aber nicht den Staat aus der Verantwortung. Er ist nun im Handlungsdruck, um unsere Demokratie zu retten. Dies ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Hier besteht bei allen Anwesenden im Raum ein Konsens. Sie sagten, Sie werden weitermachen. Das hoffe ich sehr, und darum bitte ich auch. Vor weit über 20 Jahren habe ich meinen Tätigkeitsbereich von der Medizin in den politischen Raum verlagert. Eines musste ich lernen: Um bestimmte Dinge zu realisieren, braucht man einen verdammt langen Atem. Die berechtigte Forderung, die Sie an die Demokratie stellen, nämlich für ihren Erhalt zu kämpfen, unterschreibe ich ohne Frage. Die Forderung, dass wir den Weg dahin gestalten müssen, unterschreibe ich auch - ohne Frage. Dort haben wir nirgends einen Dissens. Wir würden das Geld gerne aufbringen, um dies zu tun. Genau der Aspekt der Zivilgesellschaft, den Sie aufgegriffen haben, ist unglaublich wichtig und richtig. Wir werden hier zusammen weiter kämpfen - in dieser Kommission, in der Öffentlichkeit und im politischen Raum. Ich darf mich bei Ihnen allen für das Engagement und vor allen Dingen für das Durchhalten bedanken.

\*\*\*

# ZUR NOTWENDIGKEIT RASSISMUSKRITISCHER LEHRE IN BILDUNGSINSTITUTIONEN

Vorgetragen von der Initiative für  
Diskriminierungssensibilität und Rassismuskritik  
Hannover

KONTAKT: [idira.hannover@gmail.com](mailto:idira.hannover@gmail.com)



# ÜBER UNS

- Studentisch organisierte Hochschulgruppe der LUH
- Seit März 2020 aktiv
- Unterschiedliche gesellschaftliche Positionierungen vertreten
- Arbeit durch verschiedene Untergruppen strukturiert
- Diverse Kooperationen mit lokalen Organisationen und Vertreter:innen



# ARBEITSBEREICHE

Petition

LIP AG

Öffentlichkeitsarbeit

Anlaufstelle für Betroffene

Interne Fort- und  
Weiterbildungen

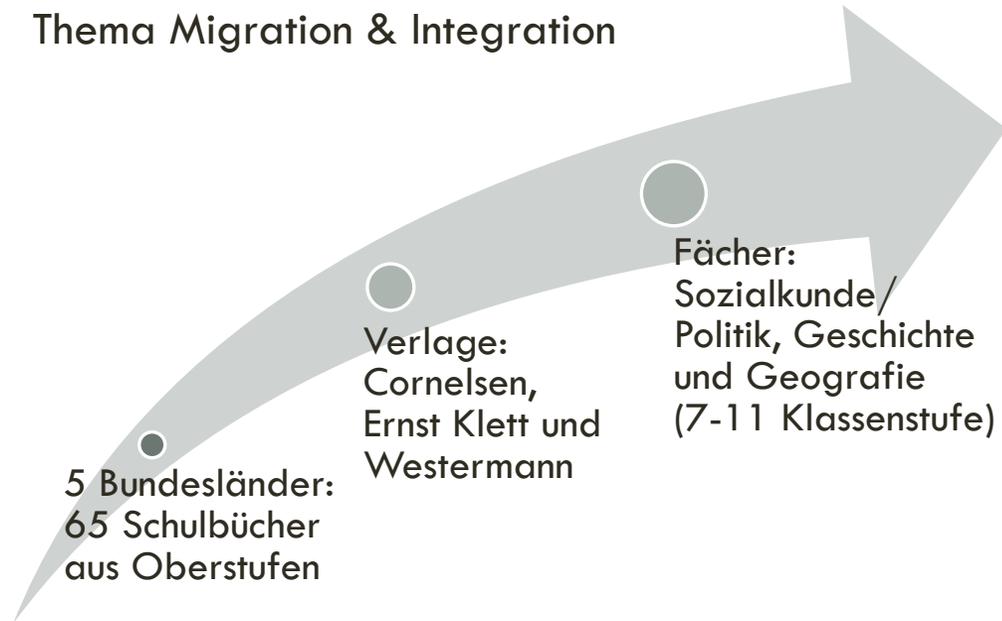
# WARUM RASSISMUSKRITISCHE LEHRE?

---

Schulbücher

# WARUM RASSISMUSKRITISCHE LEHRE?

Schulbuchstudie der Bundesregierung  
Thema Migration & Integration



- **Ob und wie werden Migration und Integration in Bezug auf gesellschaftliche Vielfalt in deutschen Schulbüchern dargestellt?**
- **Inwiefern tragen Schulbücher zu einer zunehmenden Akzeptanz von Diversität als gesellschaftlicher Normalität bei?**

Aufgabenstellungen, Begriffsbestimmungen  
& Beispiele formuliert aus der Sicht der  
Mehrheitsgesellschaft  
– paternalistische Perspektive

▪ Integration als alleinige Aufgabe  
von BIPOC & Diskriminierungen  
werden selten thematisiert

▪ Rassistische Begriffe werden  
benutzt

▪ Aufrechterhalten von  
Machtstrukturen

▪ (Re)Produktion von Rassismus und  
Diskriminierung

# WARUM RASSISMUSKRITISCHE LEHRE?

Ergebnisse aus drei Studien zum „Afrika“-Bild in deutschen Schulbüchern:

- ‚Afrika‘ als ‚homogener Raum‘ → ethno-/eurozentristische Perspektive → Othering-Prozesse

- Stereotypisierungen von Schwarzen Menschen → Reproduktion von rassistischen & kolonialistischen Zuschreibungen und Begriffen

- Objektifizierung Schwarzen Menschen → Individualität/ Subjekt-Status wird aberkannt

- wenige bis gar keine Verweise auf wissenschaftliche Diskurse oder Quellen

Zuschreibung von Geschichtslosigkeit → kritische Auseinandersetzung mit deutscher Kolonialgeschichte in diesem Zusammenhang bleibt aus

- Beiträge der afrikanischen Geschichte zum Weltgeschehen zum großen Teil verleugnet bzw. finden kaum eine Erwähnung

# WARUM RASSISMUSKRITISCHE LEHRE?

Ergebnisse aus der Studie des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung zur Darstellung von Muslim:innen und Islam in Schulbüchern:

## Homogenisierung

- Keine Diversität im Glauben
- Örtliche Verallgemeinerung
- ‚Der Islam‘

## Othering

- Wird ‚europäischer Identität entgegengesetzt
- Abwertung Islam – Aufwertung Christentum
- Muslim:innen werden negative Merkmale zugeschrieben

## Konfliktorientiert

- Thematisierung nur in Zusammenhang mit Konflikten
- Rassistische Debatten werden aufgegriffen (Terrorismus, etc.)

## Eurozentrismus

- Vermeintliche Geschichtslosigkeit des Islam
- Keine Erwähnung der Kolonialgeschichte



Stigmatisierung und (Re)Produktion von Rassismus

WARUM  
RASSISMUSKRITISCHE  
LEHRE?

**„Insgesamt mangelt  
es weitgehend an einer  
(gelungenen) Vermittlung  
von *Diversität* als  
alltäglicher Normalität“**

(Hoppe et al. 2015, S. 41)

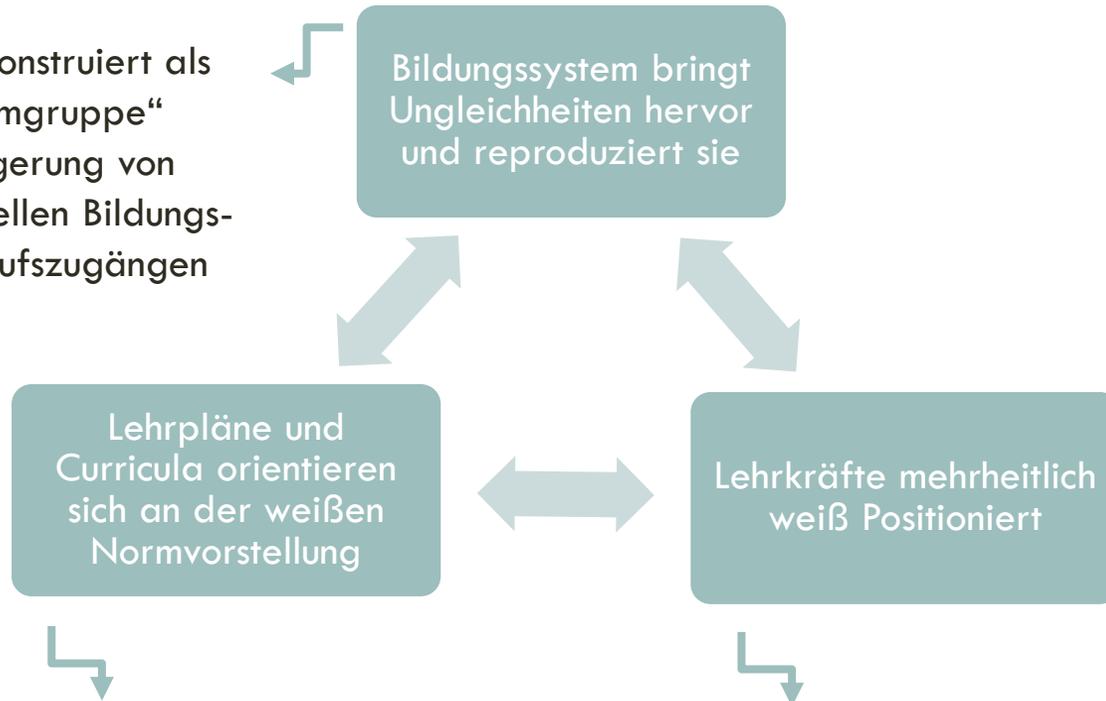
# WARUM RASSISMUSKRITISCHE LEHRE?

---

Lehrer:innen und Strukturen der Schule

# WARUM RASSISMUSKRITISCHE LEHRE?

- BIPoC konstruiert als „Problemgruppe“
- Verweigerung von strukturellen Bildungs- und Berufszugängen



- Fokus auf Christentum und europäischem Humanismus
- BIPoC wird lediglich eine Koexistenz zugesprochen

- Keine kritische Reflexion der Positionierung
- Kein Wissen über Lebensrealitäten

**Schule ist somit für viele BIPoC KEIN Ort des sicheren Lernens!**

**Ihre individuellen Lebensrealitäten werden weder abgebildet noch anerkannt oder gewürdigt.**

**Eher Gegenteiliges ist der Fall: Ihnen wird ständig signalisiert, dass sie nicht dazugehören.**

# WAS, WENN DAS SO BESTEHEN BLEIBT?

---

Kontext Migration

# WAS, WENN DAS SO BESTEHEN BLEIBT?

## Einige Ergebnisse aus der sozialpsychologischen Forschung:

- Beeinflusst das psychologische Wohlbefinden negativ
- Intergruppenbeziehungen können darunter leiden
- ständige Reproduktion von diskriminierenden und exkludierenden Erfahrungen können maßgeblich dazu beitragen, dass das psychologische Unterstützungssystem, das negative Effekte der Akkulturation eindämmt bzw. kompensiert, zerstört wird
- Assimilationsdruck: Mitglieder der weißen Mehrheitsgesellschaft sprechen von Integration, meinen häufig Assimilation: Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte sollen ihre Herkunftskultur ‚ablegen‘
- Dies gilt auch für BIPOC ohne Flucht- oder Migrationsgeschichte – sie werden nicht als Teil der deutschen Bevölkerung wahrgenommen

# WAS, WENN DAS SO BESTEHEN BLEIBT?

---

Kontext Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen

# WAS, WENN DAS SO BESTEHEN BLEIBT?

## Psychologische, körperliche und soziale Folgen:

Kopfschmerzen, Bauchschmerzen, Wut, Ohnmachtsgefühle und Resignation

Rassismusbedingter Stress: begünstigt Entstehung von Depression, Angststörungen und der physischen Desintegration

▪ Rassismus als Trauma (ernsthafte Bedrohung der körperlichen oder psychischen Integrität)  
→ Reaktion der betroffenen Person beinhaltet intensive Furcht, Hilflosigkeit, Grauen, aufgelöstes oder agitiertes Verhalten

Systematischer sozialer Ausschluss von BIPOC bedeutet, dass chronische biologische Selbstzerstörungsprogramme in den Körperorganen von BIPOC systematisch aktiviert werden

# WAS, WENN SICH DAS VERÄNDERT?

Kontext Migration

## Ergebnisse aus der sozialpsychologischen Forschung:

→ Erfolgreiche Integration ist nur möglich, wenn akkulturierende Individuen sich mit beiden kulturellen Systemen identifizieren können

✓ „higher self-esteem, stronger self-efficacy, and better mental health“ (Steinberg, 2017, S. 227)

„höherem Selbstwertgefühl und Wohlbefinden sowie höherer akademischer Leistung“ (Titzmann & Juang, 2018, S. 360)

### Positive Effekte bei Veränderung

- mehr Optimismus,  
weniger Einsamkeit und geringere Depressivität  
- Schutzfaktor im Hinblick auf Diskriminierungserfahrung

erfolgreiche soziokultureller Adaptation:  
besseres Sprachverständnis, Bildungserfolge, Erwerb kultureller Fertigkeiten und Fähigkeiten

# WIE GELINGT VERÄNDERUNG?

Es muss ein Raum und die Möglichkeit geboten werden (Verantwortung bei Mehrheitsgesellschaft), damit sich aktiv und selbstbestimmt mit den Zugehörigkeitsgefühlen der eigenen Herkunft auseinandergesetzt werden kann

→ wird von vielen Betroffenen auch als emanzipatorischer Akt des Widerstandes verstanden (Empowerment/ Resilienz/ Ressource)

# WIE GELINGT VERÄNDERUNG? — CRITICAL WHITENESS

- kritische Selbstreflexion (Nicht immer die richtige Ansprechperson für BIPoC)
- für Repräsentation sorgen
- Einrichtung von geschützten Räumen
- Engagement für Thematisierung in der Lehramtsausbildung
- kritische Reflexion des weißen Lehrplans
- Selbstverständlichkeit der weißen Norm in Frage stellen
- eigene Privilegien und rassistische Strukturen erkennen und benennen
- regelmäßige Fort- und Weiterbildungen



# UNSERE FORDERUNGEN FÜR STRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN

- Rassismuskritisches Training als festen und verpflichtenden Bestandteil der Lehrer:innenausbildung sowie für alle Lehrpersonen an niedersächsischen Hochschulen etablieren
- Rassismuskritik und deutsche Kolonialgeschichte in das Kerncurriculum aller Schulen integrieren
- Eurozentristische Forschungs- und Wissensperspektiven aufbrechen, um Raum für die Perspektiven von BIPOC Wissenschaftler:innen und Autor:innen in Schulen, Hochschulen und Kitas zu schaffen z.B.: Bei der Auswahl von Lehrbüchern, Studien, Bildungsromanen, Kinder- und Jugendbüchern und beim Erstellen von Bibliotheken
- Beratungsstellen für von Rassismus betroffene Menschen einrichten
- Regelmäßige Supervision durch externe rassismuskritische Expert:innen

# LITERATUR

- Autor\*innenKollektiv. (2015). Rassismuskritischer Leitfaden. Zur Reflexion bestehender und Erstellung neuer didaktischer Lehr- und Lernmaterialien für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit zu Schwarzsein, Afrika und afrikanischer Diaspora (Projekt Lern- und Erinnerungsort Afrikanisches Viertel (LEO), beim Amt für Weiterbildung und Kultur des Bezirksamtes, & Mitte von Berlin und Elina Marmer, Hrsg.). Hamburg, Berlin.
- Bönkost, J. (2016). Rassismuskritik aus weißer Perspektive. Praxis plus Reflexion. In M. Detzner, A. Drücker, & S. Seng (Hrsg.), *Rassismuskritik. Versuch einer Bilanz über Fehlschläge, Weiterentwicklungen, Erfolge und Hoffnungen* (S. 95–99). Düsseldorf: Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA).
- Chu, E., White, F. A., & Verrelli, S. (2017). Biculturalism amongst ethnic minorities: Its impact for individuals and intergroup relations. *Australian Journal of Psychology*, 69(4), 229–236. <https://doi.org/10.1111/ajpy.12153>
- Digoh, L., & Golly, N. (2015). Kritisches Weißsein als reflexive und analytische Praxis zur Professionalisierung im Bildungsbereich. In E. Marmer & P. Sow (Hrsg.), *Wie Rassismus aus Schulbüchern spricht. Kritische Auseinandersetzung mit >Afrika<—Bildern und Schwarz-Weiß-Konstruktionen in der Schule. Ursachen, Auswirkungen und Handlungsansätze für die pädagogische Praxis*(S. 54–71). Weinheim Basel: Beltz Juventa.
- El-Mafaalani, Waleciak, & Weitzel. (2017). Rassistische Diskriminierung aus der Erlebensperspektive. In K. Fereidooni & M. El (Hrsg.), *Rassismuskritik und Widerstandsformen* (S. 47–59). Springer VS.
- Georg-Eckert-Institut. (2011). Keine Chance auf Zugehörigkeit? Schulbücher europäischer Länder halten Islam und modernes Europa getrennt. Ergebnisse einer Studie des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung zu aktuellen Darstellungen von Islam und Muslimen in Schulbüchern europäischer Länder. Braunschweig.
- Hoppe, R., Otto, M., Georgi, V., & Niehaus, I. (2015). Schulbuchstudie Migration und Integration (1. Auflage. Berlin; Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Hrsg.). Paderborn: Bonifatius GmbH.
- Hübsch, K. M. (2016). Alternativen zur „Muslimifizierung“ sozialer Probleme sind gefragt. In M. Detzner, A. Drücker, & S. Seng (Hrsg.), *Rassismuskritik. Versuch einer Bilanz über Fehlschläge, Weiterentwicklungen, Erfolge und Hoffnungen* (S. 122–125). Düsseldorf: Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA).
- Linnemann, T., Mecheril, P., & Nikolenko, A. (2013). Rassismuskritik. Begriffliche Grundlagen und Handlungsperspektiven in der politischen Bildung. *ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik*, 36(2), 10–14.

# LITERATUR

- Marmer, E. (2015a). Chancen der Lehrer\_innenbildung. In E. Marmer & P. Sow (Hrsg.), *Wie Rassismus aus Schulbüchern spricht. Kritische Auseinandersetzung mit >Afrika<— Bildern und Schwarz-Weiß-Konstruktionen in der Schule. Ursachen, Auswirkungen und Handlungsansätze für die pädagogische Praxis* (S. 184–189). Weinheim Basel: Beltz Juventa.
- Niedersächsisches Kultusministerium. Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG). (2018).
- Nguyen, A.-M. D., & Benet-Martínez, V. (2013). Biculturalism and adjustment: A meta-analysis. *Journal of Cross-Cultural Psychology*, 44(1), 122–159. <https://doi.org/10.1177/0022022111435097> Zugriff am 16.11.2020
- Quehl, T. (2015). Rassismuskritische und diversitätsbewusste Bildungsarbeit in der Schule. In R. Leiprecht & A. Steinbach (Hrsg.), *Schule in der Migrationsgesellschaft: Ein Handbuch. Band 2 Sprache, Rassismus, Professionalität* (Vollständig überarbeitete und um viele Beiträge erweiterte Neuauflage, Bd. 2, S. 179–206). Schwalbach/Ts: Debus Pädagogik.
- Steinberg, L. D. (2017). *Adolescence* (Eleventh edition). New York, NY: McGraw-Hill Education. Tajfel, H. (1982). *Gruppenkonflikt und Vorurteil: Entstehung und Funktion sozialer Stereotypen* (1. Aufl.). Bern [u.a.]: Huber
- Thielen, M. (2016). Migrationsgesellschaftliche Differenz am Übergang in die berufliche Bildung. Anmerkungen zur Thematisierung von natio-ethno-kultureller Zugehörigkeit. In A. Doğmuş, Y. Karakaşoğlu, & P. Mecheril (Hrsg.), *Pädagogisches Können in der Migrationsgesellschaft* (S. 161–175). Springer VS.
- Titzmann, P. F., & Juang, L. P. (2018). Jugendliche mit Migrationshintergrund. In P. F. Titzmann & B. Gniewosz (Hrsg.), *Handbuch Jugend: Psychologische Sichtweisen auf Veränderungen in der Adoleszenz* (1. Aufl., S. 353–370). Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- Titzmann, P. F., Schmitt-Rodermund, E., & Silbereisen, R. K. (2005). Zwischen den Kulturen: Zur Akkulturation jugendlicher Immigranten. In H.-H. Uslucan & U. Fuhrer (Hrsg.), *Familie, Akkulturation und Erziehung: Migration zwischen Eigen- und Fremdkultur* (S. 86–110). Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer. Uslucan, H.-H. (2005). Chancen von Migration und Akkulturation. In H.-H. Uslucan & U. Fuhrer (Hrsg.), *Familie, Akkulturation und Erziehung: Migration zwischen Eigen- und Fremdkultur* (S. 226–242). Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- Yeboah, A. (2017). Rassismus und psychische Gesundheit in Deutschland. In K. Fereidooni & M. El (Hrsg.), *Rassismuskritik und Widerstandsformen* (S. 143–161). Springer VS

VIELEN DANK FÜR DIE  
AUFMERKSAMKEIT

IDIra Hannover

